

Einführung

Berlin ist eine Stadt, in der uns auf Schritt und Tritt Zeugnisse einer Stadtgeschichte voller politischer Umbrüche begegnen. Bei der Pflege, Erhaltung und Vermittlung dieser facettenreichen Stadt- und Denkmallandschaft spielen Akteure aus der Zivilgesellschaft oft eine entscheidende Rolle: Sie sind vor Ort aktiv, vermitteln die Geschichte, eröffnen neue Perspektiven und helfen, die verschiedenen Denkmale zu bewahren. Sie unterstützen die Fachbehörden, wirken manchmal aber auch als Ideengeber und Mahner. Nur die wenigsten Organisationen verfügen über die notwendige Infrastruktur, um selbstbewusst und erfahren an Presse und Verwaltung heranzutreten oder anderen Lobby- und Interessensgruppen erfolgreich zu begegnen. Vor diesem Hintergrund soll das Netzwerk dazu beitragen, die Pflege und Erhaltung der Kulturerbe- und Denkmallandschaft Berlins aus der Bürgerschaft heraus aktiv, kritisch und unterstützend zu begleiten. Das **KulturerbeNetz.Berlin** will vor allem Ansprechpartner für engagierte Bewohner und/oder Besitzer von Denkmälern sein, versteht sich aber auch als Anwalt des Kulturerbes gegenüber Politik, Behörden und Denkmaleigentümern.

Zivilgesellschaftlich-ehrenamtliches Engagement als Potential für den Berliner Denkmalschutz nutzen! Die Programmatik

Mit der Koalitionsvereinbarung 2016-2021 nehmen sich die drei Regierungsparteien vor, bürgerschaftliche Initiativen im Bereich der Denkmalpflege zu unterstützen. Die Berliner und Berlinerinnen engagieren sich seit Jahren mit Leidenschaft und großem Sachverstand für das herausragende baukulturelle Erbe der Stadt und zeigen dies durch ihr großes Interesse am jährlichen Tag des offenen Denkmals. Von diesem Engagement zeugen auch die nicht wenigen bürgerschaftlichen Initiativen, von denen sich jetzt beinahe dreißig zum **KulturerbeNetz.Berlin** zusammengeschlossen haben. Das Netzwerk vereint Bürgerinitiativen, Vereine, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen gleichermaßen, die sich der Förderung des Kulturerbes und der Denkmalpflege in Berlin verpflichtet fühlen. Es will helfen, das reiche kulturelle Erbe der Stadt zu erleben, zu erklären und zu erhalten.

Der politische Gestaltungswille der Koalitionsvereinbarung 2016–2021 sieht vor, den Denkmalschutz zu stärken

Noch nie war so viel Denkmalschutz in einer Berliner Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Der rot-rot-grüne Senat hat sich für die fünf Regierungsjahre viel in Sachen Denkmalschutz vorgenommen. Geplant sind die Förderung unterstützender Denkmalpflegepläne für Eigentümer, die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und vor allem die Bereitstellung von notwendigen Ressourcen in den für Denkmalschutz zuständigen Ämtern und Behörden. Das Weltkulturerbe soll um die Nachkriegsmoderne ergänzt und archäologische Fenster der Berliner Stadtgeschichte sollen errichtet werden.

„Berlins reiches architektonisches, gärtnerisches und archäologisches Erbe aus allen Zeitschichten gibt Orientierung und Identität. Die Denkmalpflege muss in die Lage versetzt werden, Vorhaben zeitgerecht zu begleiten und Investitionen denkmalgerecht zu ermöglichen. Für den Denkmalschutz wird die Koalition daher mehr Ressourcen bereitstellen sowie Verfahrensregelungen und Zuständigkeiten straffen. Das Landesdenkmalamt wird als Fachbehörde für Denkmalschutz und baukulturelles Erbe in seiner Kompetenz gestärkt, reorganisiert und der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung zugeordnet.“¹

„Eigentümer*innen sollen Pflegepläne zum Erhalt der Denkmale auferlegt werden.“ Bei Verkäufen öffentlicher Denkmale sind „Bauverpflichtungen und eine denkmalverträgliche Bewirtschaftung zu vereinbaren“. Die bestehende Stadtlandschaft soll gestärkt werden, indem eine Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend wird und neue Wege der energieeffizienten Sanierung entwickelt werden. Für das wertvolle Kulturerbe Berlins sollen die städtischen Unternehmen Vorbild sein für Denkmalschutz und Baukultur.

Die Stärkung der denkmalpflegerischen Belange bedarf einer Beteiligung der zuständigen Ausschüsse im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen. Die Erweiterung bestehender Welterbe-Ensembles (deren Arrondierung von Möglichkeiten internationaler serieller Nominierungen) muss stärker unterstützt werden. Für die als Weltkulturerbe nominierten Gebiete der Nachkriegsmoderne wird mit den Bezirken, Eigentümer*innen und lokalen Initiativen eine Erhaltungs- und Entwicklungsstrategie verfolgt.

„Berlin besitzt einen herausragenden Bestand an Industrie-, Technik- und Verkehrsdenkmälern, deren Schutz und Pflege sowie denkmalverträgliche Konversionen kulturell und ökonomisch gleichermaßen bedeutsam sind. Berlin wird das Europäische Jahr des kulturellen Erbes 2018 insbesondere auf dem Gebiet der denkmalgeschützten Industriekultur engagiert mitgestalten und dabei bürgerschaftliche Initiativen unterstützen.“

„Die Erforschung und partielle Sicherung der historischen Zeugnisse im Boden ist Teil der modernen Stadtentwicklung. Insbesondere in der Berliner Mitte sind die archäologischen Fenster von großer Bedeutung für die Vermittlung der Berliner Stadtgeschichte. Das archäologische Besucherzentrum am Petriplatz wird ebenso wie das archäologische Fenster am Roten Rathaus zeitnah realisiert. Nach dem Beispiel anderer Bundesländer wird Berlin eine Jugendbauhütte einrichten.“

Was ist in der Denkmalpflege erreicht nach zwei Jahren Koalition? Halbzeitbilanz!

Berlin ist eine wachsende Stadt. Es fehlt an preiswerten Wohnungen, Schulen, Kindergärten und sozialer Infrastruktur.

Auch die Denkmalpflege wird von der wachsenden Stadt überrollt: denkmalgeschützte Quartiere sollen verdichtet, leerstehende Einzeldenkmale umgenutzt oder beseitigt und das geplante Welterbequartier in der Karl-Marx-Allee durch Neubauten erweitert werden. Wichtige bauliche Zeugnisse von internationalem Rang wie das weltweit einzigartige ICC Berlin oder der renommierte Flughafen Tegel werden weiterhin nicht auf die Denkmalliste gesetzt. Herausragende Zeugnisse wie die Ausflugsgaststätten in Grünau werden bis zur Unkenntlichkeit entstellt oder das ebenfalls einmalige Berliner Gaslicht auf einen kläglichen Rest reduziert. Bahnbrücken, Verkehrsbauwerke oder die großartigen Zeugnisse der Industriegeschichte werden entsorgt oder dem langsamen Verfall preisgegeben. Europäische Baudenkmale wie die Kantgarage oder die Peter-Behrens-Fabriken in Oberschöneweide sollen anderen, meist unpassenden Nutzungen Platz bieten und werden so ihres einmaligen Denkmalwertes beraubt. Die Friedrichswerdersche Kirche wurde fast zerstört, weil der zu nahe gelegenen und zu hohen Wohnbebauung mit Tiefgarage eine Baugenehmigung erteilt wurde.

Bürgerschaftlichem Engagement wird auf behördlicher und politischer Ebene immer noch mit Unverständnis und mit nur allzu zögerlicher Offenheit begegnet. Die institutionelle Förderung sieht Projektförderungen vor, nicht jedoch Förderprogramme für die allgemeine Arbeit von Initiativen, wie beispielsweise Gelder für Räume oder (Werbe-)Materialien.

Partizipation ist zwar politisches Ziel, aber oftmals nur ein Lippenbekenntnis. Nur allzu selten werden Initiativen in Abstimmungsprozesse einbezogen oder erhalten Unterstützung.

Die von der Koalition versprochene Stärkung der Denkmalpflege befürworten wir. Die bezirklichen Denkmalschutzbehörden sind seit Jahren unterbesetzt und völlig überfordert mit dem

wachsenden Denkmalbestand der Hauptstadt. Die Arbeitsbedingungen einschließlich der Ausstattung der Arbeitsplätze und Arbeitsräume sind desaströs und nur wenig motivierend – von erforderlichen Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ganz zu schweigen. Stellen im Landesdenkmalamt werden nur unzureichend besetzt. Beispielsweise wurde die Gartendenkmalpflege geschwächt und die Stelle des/der Leiter/in der Gartendenkmalpflege nicht neu ausgeschrieben. Die Inventarisierung ganzer Denkmalgattungen kommt aufgrund der knappen Ressourcen ebenfalls nur zögerlich voran. Andere Bundesländer haben in den Landesdenkmalämtern auch eine integrierte wissenschaftliche Restaurierungswerkstatt.

Wollen die in der Koalitionsvereinbarung so sinnstiftend zusammengetragenen Ziele nicht Makulatur bleiben oder hinter anderen stadtentwicklungspolitischen Zielen zurückstehen, gilt es für die zweite Hälfte der Legislaturperiode, den Denkmalschutz mit neuer Dynamik zu unterstützen und vor allem das Potential der ehrenamtlichen Initiativen und Vereine zu nutzen. Hierfür braucht es die geplante Umsetzung der Ressourcenverbesserung in den Ämtern und Behörden, aber auch eines vertrauensvollen intensiven Dialogs mit den vielen unterschiedlichen Akteuren. Die meist ehrenamtlichen Unterstützer benötigen das Vertrauen der Behörden, aber auch der gewählten politischen Vertreter als legitimierte Verteidiger denkmalpflegerischer Interessen. Aktive Unterstützung partizipativer Ansätze statt Beibehaltung der gegenwärtigen Bittstellerkultur sind notwendig.

Kooperationsangebot – 10 Forderungen an die Landespolitik

1. **Verfassungsrang für Denkmalschutz**

Denkmalschutz und Kulturerbeschutz muss Verfassungsrang erhalten

Der Verfassungsrang für den Denkmalschutz hilft, Denkmale und Kulturgut langfristig zu erhalten. Denkmale stiften Identität, sind lebendige Erinnerung und machen Berlin zu dem einzigartigen Ort, den wir lieben. Die Bewahrung dieser Kultur für nachfolgende Generationen ist Verpflichtung und Privileg zugleich und muss im Fokus aller Akteure des städtischen Denkens und Handelns stehen.

Um die Rechtsposition langfristig zu stärken, fordern wir ihre Aufnahme in die Landesverfassung.

Der steigende Verwertungsdruck aus der Grund-, Boden- und Gebäudespekulation führt nicht nur zu potentiellen juristischen Konflikten, sondern auch dazu, dass Denkmale oder denkmalwürdige Areale privatisiert, umgenutzt, weitgehend entstellt oder gar abgerissen werden sollen, um stattdessen neuen lukrativeren Nutzungen zu weichen. Begründete Interessenkonflikte gibt es auch, wenn es etwa um die Abwägung mit Natur- und Artenschutz, Energieeffizienz, Barrierefreiheit, Datenschutz, Gebäudesicherheit, Verkehrsplanung oder auch Nutzer- und Bewohnerinteressen im Kulturerbe geht. Treten die Konflikte offen auf, sind oft nicht nur der Zivilgesellschaft, sondern auch den Denkmalbehörden juristisch die Hände gebunden.

2. **Klagerecht für Denkmalverbände**

Einführung eines Verbandsklagerechts für Denkmalverbände

Denkmalverbände sollten ein Verbandsklagerecht erhalten. Für Situationen, Areale und Objekte, die aus Sicht der Zivilgesellschaft bedroht sind, weil die behördliche Denkmalpflege nicht hinreichend funktioniert und/oder greift, sollte eine Ombudsstelle eingerichtet werden, die z.B. Routinen und/oder Unterlassungen bei den Unteren Denkmalschutzbehörden prüft und anmahnt bzw. eine unabhängige Moderation leistet.

3. **Mitsprache in den Denkmalräten**

Mitsprache organisieren – KulturerbeNetz.Berlin (KENB) vertreten im Landesdenkmalrat und Bezirksdenkmalräten

In denkmalpflegerischen Konfliktfällen wird das **KulturerbeNetz.Berlin** beratend miteinbezogen. Das **KulturerbeNetz.Berlin** erhält zudem Sitz und Stimme im Landesdenkmalrat und darf Vorschläge zur Inventarisierung von Denkmälern aller Gattungen unterbreiten. Die Zusammenarbeit mit Initiativen der Zivilgesellschaft ist fortan konstitutives Element Berliner Denkmalpolitik.

Auf Bezirksebene sollen Denkmalräte ähnlich dem Landesdenkmalrat aufgestellt werden. Das **KulturerbeNetz.Berlin** erhält in jedem Bezirk Sitz und Stimme im Bezirksdenkmalrat, der die Untere Denkmalschutzbehörde berät.

4. **Engagement braucht Geld**

Denkmalpflege von unten braucht Geld – KulturerbeNetz.Berlin verstetigen mit finanzieller Förderung

Für Projekt- und Objektförderung müssen finanzielle Mittel vom Land Berlin bereitgestellt werden. Denkmalpflegerisches Engagement von Initiativen und Bürgervereinen braucht Geld zur Stärkung der partizipativen Zivilgesellschaft. Hierfür ist im Haushalt eine Position bereitzustellen, die ausschließlich der Umsetzung dieses zivilgesellschaftlichen Engagements dient. Antragsverfahren sollten verständlich gestaltet sein und Verwendungsnachweise für die zumeist ehrenamtlich arbeitenden Initiativen vereinfacht werden. Berlin sollte auf Landes- und Bezirksebene Raumangebote für Treffen von Vereinen und Initiativen bieten.

Das **KulturerbeNetz.Berlin** hilft anderen Vereinen und Bürgerinitiativen und berät ehrenamtlich. Das Netzwerk ist Ansprechpartner und Initiator für neue Formate der öffentlichen kulturellen Bildung und für Workshops, die sich an Bürgerinitiativen und an Eigentümer richten. Für den Webauftritt hat das Netzwerk eine Förderung erhalten. Auch die finanzielle Förderung für interne Kommunikation, Webseitenpflege und Öffentlichkeitsarbeit des KENB **KulturerbeNetz.Berlin** sollte verstetigt werden.

5. **Meldepflicht für Abrissanträge**

Meldepflicht für Abrissanträge von Denkmälern mit sofortiger Veröffentlichung

Das **KulturerbeNetz.Berlin** regt an, dass Abriss- und Umnutzungsanträge und/oder geplante Privatisierungen ehemals kommunaler Gebäude, Bestände und Areale einer Melde- oder Veröffentlichungspflicht unterliegen, so dass die Zivilgesellschaft Gelegenheit hat, bei drohendem Verlust von Kulturgütern zu intervenieren bzw. auch alternative Betriebsmodelle, Konzepte oder Gebote einzubringen. Ferner sollte eine Frist von einem Vierteljahr Pflicht sein, bevor Abbrucharträgen zugestimmt wird, um Kulturgut zu schützen. Mit gestärkten Unteren Denkmalbehörden und Bezirksbeiräten können so zukünftig Abrisse unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhindert werden.

6. **Rote Liste veröffentlichen**

Rote Liste gefährdeter Denkmale online stellen – Erstellen und Pflege als Aufgabe des LDA mit bürgerschaftlicher Unterstützung

Ein besonderes Anliegen des KENB **KulturerbeNetz.Berlin** gilt der Erarbeitung, Pflege und Veröffentlichung einer sogenannten Roten Liste bedrohter Berliner Baudenkmale und denkmalwürdiger Bausubstanz. Diese sollte vom Land digital erstellt, verwaltet und gepflegt werden. Für den Beginn der Roten Liste bietet das Netzwerk seine Mitarbeit und Expertise an. Zusätzlich könnte das Netzwerk Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Werbung der aktiven bürgerschaftlichen Mitarbeit beim Forum der bedrohten Denkmale verschiedener Bedrohungsstufen übernehmen und moderieren.

Die Veröffentlichung gefährdeter Denkmale und Anlagen soll die medial geführten Debatten informativ begleiten und unterfüttern, um so zu einer höheren Sensibilisierung für die Belange des Kulturgüterschutzes bei den unterschiedlichen Interessenvertretern, Eigentümern und Nutzern führen. Zusätzlich ist sie aber auch eine indirekte Werbung für die Erhaltung des reichhaltigen baukulturellen Erbe Berlins und das ihm innewohnende touristische und identitätsstiftende Potential. Im Denkmal-Forum kann diskutiert und informiert werden. Diese Plattform für die "Denkmalpflege von unten" sollte dem Landeskonservator unterstehen und sowohl von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des LDA als auch von der neuen Bürgerinformationsstelle betreut werden.

7. **Denkmalbehörden stärken**

Denkmalbehörden stärken – Personalengpässe in Landesdenkmalamt und Unteren Denkmalschutzbehörden der Bezirke beheben – Koalitionsvereinbarung einlösen

Die Pflege, Erforschung, Betreuung und Inventarisierung der dichten Berliner Denkmallandschaft ist nur möglich, wenn amtliche Denkmalpflege und Denkmaleigentümer gleichermaßen verantwortungsvoll nach dem Denkmalschutzgesetz handeln. Hierfür sind gut ausgestattete Denkmalfachbehörden auf Landes- und Bezirksebenen elementar. Die personelle Besetzung der Stellen in den Unteren Denkmalschutzbehörden der Bezirke sowie die Ausstattung mit Sachmitteln und die Möglichkeit zur regelmäßigen Aus- und Weiterbildung muss noch in dieser Legislaturperiode deutlich verbessert werden, um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen und die Denkmalliste des Landes Berlin fortzuschreiben.

8. **Beratungsstelle auf Landesebene**

Bürgerinformationsstelle schaffen für Beratung und Denkmalanträge

Die Bürgerinformationsstelle der Denkmalpflege sollte als neue Position am LDA geschaffen werden und mit einem offenen Bürgerbüro niedrigschwellig erreichbar sein. Ehrenamtliches Engagement für Denkmale und baukulturelles Erbe soll gefördert werden. Künftig sollte diese bezirksübergreifende Bürgerinformationsstelle dazu dienen, Bürger, Denkmalinitiativen, Eigentümer und Architekten bei Fragen rund um den Denkmalschutz, Planungs- und Förderungsmöglichkeiten zu unterstützen.

Vorschläge für die Unterschutzstellung und Eintragung auf der Denkmalliste könnten in der Anlaufstelle eingereicht werden, die dann zur Diskussion und Prüfung an die Mitarbeiter der Denkmalbehörden weitergeleitet werden können. Die Eintragung von Denkmalen aller Denkmalgattungen erfolgt nach § 4 (2) des Berliner Denkmalschutzgesetzes von Amts wegen oder auf Anregung des Verfügungsberechtigten. Denkmalinitiativen und Bürgervereine können und sollten die Denkmalfachbehörden bei der fachlichen Begutachtung unterstützen und zur fachlichen Expertise aufgefordert werden.

9. **Innovative Fördermodelle**

Innovative Fördermodelle entwickeln

Wichtige Partner in der Denkmalpflege sind die Eigentümer*innen und/oder Nutzer*innen von Denkmalen jedweder Art. Sie sollten daher in der Erhaltung und Pflege angemessene Unterstützung und ggf. auch Qualifizierung erhalten. Das **KulturerbeNetz.Berlin** steht als Moderator und Diskussionspartner unterstützend zur Seite. Zuschuss-Titel für Denkmaleigentümer sollten erhöht werden. Neue Fördermodelle für den innovativen Betrieb und/oder die Vermittlung von Kultur- und Denkmalthemen sind zu überprüfen. In begründeten Fällen und bei fachlich sehr gut erbrachten Restaurierungs- und Wiederherstellungsarbeiten sollte auch eine nachträgliche Förderung oder Beihilfe zu Betrieb und Unterhalt geprüft werden.

Für Konfliktfälle zwischen typischen heutigen Nutzungsanforderungen und Bewahrung denkmalwerter Substanz sollen unter Einbeziehung von Experten und Vertretern

zivilgesellschaftlicher Nutzergruppen rechtzeitig geeignete Modelllösungen entwickelt werden, z.B. für denkmalgerechte energetische Ertüchtigung einzelner Bauteile.

10. Europäische Vernetzung und Jugendarbeit ECHY-Politik verstetigen, Initiativen am Denkmaltag beteiligen und die Jugendarbeit fördern

Ohne Erinnerung keine Zukunft, oder anders gesagt: Kenntnisse über die Vergangenheit ermöglichen den konstruktiven Blick auf die Gegenwart und die Zukunft.

Das **KulturerbeNetz.Berlin** befürwortet daher die Fortführung und Durchführung europäischer Denkmalpflegeprogramme für ein Europa der Chancen und Gerechtigkeit, des Friedens und der verantwortungsbewussten Mitgestaltung seiner Bürger*innen. Insbesondere ist der Erhalt des gemeinsamen kulturellen Erbes und seiner Erforschung für den Zusammenhalt Europas so wichtig, um nationalistischen Bewegungen auch auf dieser Ebene begegnen zu können.

Wir fordern daher, dass sich das Land Berlin dafür stark macht, die ECHY-Programme fortzuführen und sich darüber hinaus auch für den grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch zivilgesellschaftlicher Denkmalinitiativen auf europäischer Ebene einzusetzen.

Im Rahmen der Vorbereitung des Berliner Denkmaltages fördert das Land Berlin einen jährlich stattfindenden Netzwerktag und unterstützt das **KulturerbeNetz.Berlin** bei der Einladung und Durchführung hierzu. Die Förderung von Kinder-, Schul- und Jugendprojekten ist ein besonderes Anliegen des **KulturerbeNetzes.Berlin**. Das Netzwerk wird hier im Besonderen in die Ausgestaltung und Ideenfindung mit einbezogen.

Berlin, September 2018

Kontakt und Information

www.KulturerbeNetz.Berlin hat die Form eines offenen Netzwerks von gleichberechtigten Partnern. Eine Mitgliedschaft ist kostenfrei. Als Postadresse und Treffpunkt dienen die Räume von: c/o Denk mal an Berlin e.V. | Kantstraße 106 | 10627 Berlin |
info@KulturerbeNetz.Berlin

KulturerbeNetz.Berlin

AG Ortsgestaltung im Ortsverein Grünau, Arbeitskreis Steppengarten, Baukammer/Abt. Denkmalschutz und Denkmalpflege, Berliner Historische Mitte e.V., Bürger für das Märchenviertel und den Elsengrund e.V., Bürger für den Lietzensee e.V., Planungsgruppe Stadtkern im Bürgerforum Berlin e.V., Bürgerverein Hansaviertel e.V., Bürgerverein Luisenstadt e.V., Carl-Gotthard-Langhans-Gesellschaft Berlin e.V., Denk mal an Berlin e.V., Denkmal Politische Bildung, DenkmalWacht Brandenburg-Berlin e.V., Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Ortskuratorium Berlin, Förderkreis Alte Kirchen Berlin-Brandenburg e.V., Förderverein Jüdischer Friedhof Berlin-Weißensee e.V., Förderverein zum denkmalgetreuen Wiederaufbau des Turmes der barocken Schlosskirche in Berlin-Buch e.V., Freunde des WOGA-Komplexes, Gaslicht-Kultur e.V. – Verein zur Förderung des Kulturgutes Berliner Gas-Straßenbeleuchtung, Industriesalon Schöneweide e.V., Interessensgemeinschaft Kulturgut-Französisch-Buchholz-Bienculturel, Mila Hacke Architektur/Fotografie, Otto Bartning-Arbeitsgemeinschaft Kirchenbau e.V. (OBAK), Schadow-Gesellschaft e.V., Studentendorf Schlachtensee eG, Tantes Heim - Mietbares Museum zur Architektur der 1920er-Jahre im UNESCO-Welterbe Hufeisensiedlung, Urbanophil e.V. – Netzwerk für Urbane Kultur (Stand 9.9.2018)